

Zeitschrift: Schweizerische Lehrerzeitung
Herausgeber: Schweizerischer Lehrerverein
Band: 102 (1957)
Heft: 23

Anhang: Der Pädagogische Beobachter im Kanton Zürich : Organ des Zürcher kantonalen Lehrervereins : Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung, 7. Juni 1957, Nummer 11

Autor: Seyfert, Walter / E.E.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER PÄDAGOGISCHE BEOBACHTER

IM KANTON ZÜRICH

Organ des Zürcher Kantonalen Lehrervereins • Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung

ERSCHEINT MONATLICH EIN- BIS ZWEIMAL

51. JAHRGANG NUMMER 11 7. JUNI 1957

Oberstufenkonferenz des Kantons Zürich

Bericht über die ordentliche Hauptversammlung vom 19. Januar 1957.

1. Präsident Konrad Erni begrüsst 47 anwesende Kollegen, darunter als Gäste die Herren Grimm und Dr. Vögeli (Synode), O. Wettstein (Reallehrerkonferenz) und W. Seyfert (ZKLV).

2. Jahresbericht 1956

a) *Der Gesetzesentwurf über die Abänderung des Gesetzes über die Volksschule* enthält in der Fassung, wie sie von der Synode verabschiedet wurde, die wesentlichen Anträge der OSK. Präsident Erni dankt den HH. D. Frei, H. Wecker, H. Müller und W. Seyfert, dem ZKLV-Vorstand, vorab dessen Präsidenten J. Baur, sowie dem Vorstand der Synode für ihre für die Reorganisation der Oberstufe geleistete Arbeit.

b) Lehrpläne:

1. Der *Lehrplan für die Werkschule* wurde an der ausserordentlichen Hauptversammlung vom 5. Mai 1956 genehmigt. Er ist ein Verständigungswerk. Aufgebaut auf fast zwanzigjährigen Erfahrungen, versucht er denen Rechnung zu tragen, welche im Hinblick auf die Gewerbeschule Vertiefung des Rechen-, Sprach- und Geometrieunterrichtes fordern, aber auch den Kollegen eine Basis für den Unterricht zu geben, welche vor einem schulischen Materialismus warnen und in erster Linie das Erarbeiten und Erleben des Stoffes betont wissen möchten.

2. Der *Lehrplan für die Abschlussklassen* wurde von der Hauptversammlung vom 21. Januar 1956 verabschiedet. Im Laufe des Jahres hat dann die Vollmachtenkommission die vorgesehene Stundenzahl für Handarbeit für Knaben von 16 auf 8–10 Stunden gekürzt, zugunsten einer vermehrten Stundenzahl in Sprache, Rechnen, Geometrie und Realien. Die ZKLV-Volksschulgesetzeskommission hat den Lehrplan im wesentlichen genehmigt.

c) Übertrittsordnung:

Der vom ZKLV ausgearbeitete Entwurf ermöglicht den Gemeinden die ihr passende Ausleseart der Schüler, ohne dass das Ziel beeinträchtigt wird, die Schüler ihren Leistungen und Anlagen entsprechend in eine der Abteilungen der Oberstufe einzuweisen. Der OSK-Vorstand hat der Vorlage *darum* zugestimmt, weil sie vorerst während dreier Jahre ausprobiert werden soll.

d) Lehrerbildung:

1. Der Entwurf über die Ausbildung zukünftiger Werklehrer wurde von der Hauptversammlung vom 20. März 1956 genehmigt und steht gegenwärtig bei der erziehungsrätlichen Kommission in Beratung.

2. Der *Jahreskurs 1955/56 für Oberstufenlehrer* ist erfolgreich abgeschlossen worden.

3. Im vergangenen Jahr wurden im Welschland zwei Französischkurse durchgeführt, an denen gegen fünfzig Oberstufenlehrer teilnahmen.

4. Von verschiedenen Seiten wurden Anfragen laut, ob noch weitere Ausbildungskurse organisiert würden. Der Vorstand ist der Auffassung, dass vor Abschluss der Teilrevision des Volksschulgesetzes in dieser Hinsicht nichts mehr unternommen werden soll.

e) Lehrmittel:

Die *Rechenbücher* von Heinrich Frei bewähren sich sehr gut. Der Fragenkomplex der Neubeschaffung von *Naturkundelehrmitteln* wird in nächster Zeit von der Kommission mit der Erziehungsdirektion und dem Lehrmittelverlag besprochen werden. Die Naturkundekommission hat für die weiteren Beratungen folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Es sind Lehrerhefte für den Unterricht in Botanik, Zoologie, Anthropologie, Physik und Chemie in Auftrag zu geben.

2. Der Auftrag ist einer Verfassergruppe, bestehend aus Oberstufenlehrern, zu übergeben.

3. Die Arbeit dieser Verfassergruppe ist durch eine Prüfungskommission der Oberstufenkonferenz zu begutachten.

4. Das rein Wissenschaftliche wird durch einen Fachmann geprüft.

5. Die neugeschaffenen Naturkundebücher der Sekundarschule (Biologie und Botanik) sind auf ihre Verwendbarkeit auf unserer Stufe zu prüfen.

Die Revision der *Deutschbücher* soll bis nach Abschluss der Teilrevision des Volksschulgesetzes zurückgeschoben werden.

f) An der Spitze des *Jahresprogramms 1957* steht wiederum die Verwirklichung der Oberstufenreform. Der Vorstand bittet die Mitglieder der OSK, sich überall und bei jeder Gelegenheit für das neue Volksschulgesetz einzusetzen.

Auf Anregung der Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Versuchsklassenlehrer wird diesen Frühling im Pestalozzianum eine *Ausstellung über Arbeiten aus der Werkschule* durchgeführt. Unter der Leitung von Herrn Kaspar Vögeli findet in Neuenburg wiederum ein *Französischkurs* für Oberstufenlehrer statt.

6. Jahresrechnung 1956 und Festsetzung des Jahresbeitrages 1957

Bei Fr. 751.15 Einnahmen und Fr. 768.— Ausgaben schliesst die Jahresrechnung mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 16.85. Das Vermögen beträgt Fr. 550.33. Der Jahresbeitrag wird auf Fr. 4.— festgesetzt. Ende 1956 gehören der Oberstufenkonferenz 208 Mitglieder an.

7. *Wahlen:* Für die aus dem Vorstand zurücktretenden D. Frei und E. Weber, Zürich, E. Oberholzer, Uster, und E. Rähle, Hausen, werden neu in den Vorstand gewählt: Willi Bachmann und Heinrich Weiss, Zürich, Ernst Bollinger, Wald, und Paul Züllig, Richterswil.

8. «Was erwartet das Gewerbe von der Volksschule?»
Referat von Dr. J. Widmer, Meilen, Sekretär des kantonalen Gewerbeverbandes.

In seinem aufschlussreichen Vortrag unterscheidet Dr. Widmer zwischen den Forderungen des Gewerbes und denen der Gewerbeschule. Dem Gewerbe sind vor allem die arbeitscharakterlichen Eigenschaften des Schülers wichtig. Die Gewerbeschule legt in erster Linie Wert auf sichere Kenntnisse in Sprache, Rechnen, Geometrie und Schrift. Im Hinblick auf die Oberstufenreform warnt Dr. Widmer davor, die Kinder schon zu früh nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszuwählen. Er wünscht, dass Schulfragen nicht nur von der Lehrerschaft, sondern auch von breiten Kreisen der Bevölkerung diskutiert werden, wobei besonders den Wirtschaftskreisen ein gewichtiges Wort zukommen sollte.

9. Unter «Verschiedenem» wird angeregt, ein Pressekomitee zu gründen, das im Sinne einer Aufklärung öffentlich für das neue Gesetz wirken könnte, eventuell in Verbindung mit dem ZKLV. Ferner wird der Vorschlag gemacht, einen besonderen Berater für Verweser an der Werkschule anzustellen. b.

Zürch. Kant. Lehrerverein

Protokoll

der ausserordentlichen Delegiertenversammlung

Samstag, den 23. März 1957, 14.30 Uhr, im Hörsaal 101 der Universität Zürich.

(Fortsetzung)

7. Ausschluss kommunistischer Lehrer aus dem ZKLV.

Diskussion: Kollege Brütisch wünscht eine klare Darlegung des Wortlautes für die Ausschlussbegründung. Ein Ausschluss wegen der Zugehörigkeit zur PdA sei statutengemäss nicht möglich. *Präsident Baur* erwidert, das Geschäft befasse sich nicht mit dem Ausschluss von PdA-Mitgliedern, sondern *kommunistischer Lehrer*. Nach § 6 der Vereinsstatuten schadet ein kommunistischer Lehrer durch seine persönliche, ideologische Haltung dem Lehrerstande. *Kollege Schwarzenbach* beantragt: Ausschluss *staatsfeindlicher*, statt kommunistischer Lehrer, um damit auch allfällige Rechtsextremisten ausschliessen zu können. *Kollege Dr. Vögeli* unterstützt die Auffassung des Präsidenten und stellt den *Ordnungsantrag* auf Abbruch der Diskussion.

Die Delegiertenversammlung stimmt dem Ordnungsantrag Voegeli mit grosser Mehrheit zu. Der Antrag Schwarzenbach (staatsfeindliche Lehrer) erhält 7 Stimmen, der Antrag des Kantonalvorstandes (kommunistische Lehrer) 81 Stimmen.

In der *Schlussabstimmung* wird der Antrag des Kantonalvorstandes auf Ausschluss kommunistischer Mitglieder aus dem ZKLV mit 86 : 0 Stimmen zum Beschluss erhoben. Damit ist Fritz Rüegg aus dem ZKLV ausgeschlossen.

8. Allfälliges. Das Wort wird nicht verlangt.

Präsident Jakob Baur schliesst um 16.45 Uhr mit dem doppelten Aufruf an die Delegiertenversammlung:

1. Die Kolleginnen und Kollegen mögen sich stets für die Interessen der gesamten Lehrerschaft einsetzen und dafür sorgen, dass der Lehrerstand geschlossen bleibe und nicht durch Vermassung von seinem Einfluss einbüsse.

2. Die Lehrerschaft möge sich unerschrocken und kompromisslos für die guten weltpolitischen Ideale, für unsere Menschenrechte und Menschenwürde und die Erhaltung unseres demokratischen Staates einsetzen nach dem leuchtenden Vorbild der ungarischen Freiheitskämpfer.

Der Protokollaktuar des ZKLV:
Walter Seyfert

Protokoll der Präsidentenkonferenz

vom 22. Februar 1957, 18.15 Uhr, im Zunfthaus
«Zur Schmiden» in Zürich

Entschuldigt fehlen Erziehungsrat J. Binder und Frl. Rosmarie Lampert vom Kantonalvorstand, und Kollege Egli, SL, Präsident der Sektion Andelfingen.

Geschäfte: 1. Protokoll, 2. Mitteilungen, 3. Gesetz über die Abänderung der Lehrerbildungsgesetze, 4. Gesetz über die Ausrichtung von Kinderzulagen, 5. Gesetz über die Neufestsetzung der Teuerungszulagen an die staatlichen Rentenbezüger, 6. Ungarnhilfe, 7. Allfälliges.

1. *Das Protokoll* der Präsidentenkonferenz vom 16. November 1956 wird genehmigt, nachdem W. Seyfert für den abwesenden Erziehungsrat J. Binder zum Geschäft Nr. 6 «Abänderung der Lehrerbildungsgesetze» die Erklärung abgegeben hat, das im Protokoll knapp zusammengefasste Votum J. Binders sei einem Schulpflegepräsidenten durch entsprechende Erläuterungen klargestellt worden.

2. Mitteilungen

a) Sekundarlehrer A. Hübeline hat seinen Austritt aus dem ZKLV erklärt. Von Fritz Rüegg, PL, Zürich, ist kein Austritt erfolgt; somit wird der Kantonalvorstand der Delegiertenversammlung Antrag auf Ausschluss dieses der PdA angehörenden Kollegen stellen.

b) *Statutenrevision der Beamtenversicherungskasse.* Die Personalverbände verlangen in einer Eingabe zur bevorstehenden Statutenrevision die Berücksichtigung der folgenden Begehren: Automatischer Übertritt in die Vollversicherung nach 15jähriger Zugehörigkeit zur Sparversicherung; Erhöhung des Zuschusses an verheiratete Invalidenrentner von Fr. 600.— auf Fr. 900.— jährlich; Heraufsetzung der Altersdifferenz zwischen Witwe und verstorbenem Ehemann von 10 auf 20 Jahre betreffend Verkürzung der Witwenrente; Änderung von § 12, Abs. 2, zugunsten wiedereintretender Lehrer oder Pfarrer, welche früher im Staatsdienst tätig waren.

c) *Anwendung der Körperstrafe.* In Zürich wurde ein Kollege wegen Körperverletzung, evtl. Tötlichkeit, von einem Vater eingeklagt, was vorerst die Einleitung einer gründlichen Untersuchung durch die Bezirksanwaltschaft zur Folge hatte. Den Bemühungen des Kantonalvorstandes und der städtischen Lehrerorganisationen ist der Abschluss eines Vergleiches zwischen den Parteien gelungen. — In verschiedenen anderen Fällen wurden Kollegen wegen Anwendung der Körperstrafe mit Polizeibussen bestraft, die dann jedesmal mit dem Begehren auf gerichtliche Beurteilung auf Grund der eindeutigen Rechtslage aufgehoben werden mussten. Diese Fälle veranlassen nun den Kantonalvorstand, das Problem in nächster Zeit grundsätzlich zu behandeln.

d) Kantonalvorstandsmitglied H. Küng, der Betreuer des Ressorts «Versicherungsfragen», ersucht die Sektionspräsidenten, die Statistik über die Gemeindepensionsverhältnisse zu überprüfen und zu vervollständigen.

e) Präsident J. Baur wünscht, dass ihm Änderungen in der Zusammensetzung der Bezirksvorstände sofort gemeldet werden. Da der Mitgliederwerbung bei den Oberseminaristen nicht der gleiche Erfolg beschieden war wie in früheren Jahren, werden die Sektionspräsidenten ersucht, sich vermehrt mit dem Problem der Mitgliederwerbung zu befassen. Präsident J. Baur bittet um Mitteilung des Werbeplanes bis 30. März und über den Erfolg der Aktion bis zum 10. Oktober a. c.

3. Gesetz über die Abänderung der Lehrerbildungsgesetze

Der Vorsitzende orientiert wie folgt: Diskussion und Beschlussfassung anlässlich der a. o. Delegiertenversammlung vom 4. Februar 1956 zeigten klar, dass die Lehrerschaft einerseits keine Begeisterung für eine Gesetzesänderung aufbringen kann, andererseits doch die Hand zu Massnahmen zu bieten bereit ist, dem Lehrermangel zu steuern. Deshalb wurden von der Lehrerschaft Sicherungen in den Forderungen auf zehnjährige Befristung des Gesetzes, eine einjährige Bewährungszeit im zürcherischen Schuldienst und eine der zürcherischen möglichst gleichwertige Ausbildung verlangt. Die kantonsrätliche Kommission, welcher in einer Eingabe die Auffassung des ZKLV zur Kenntnis gebracht wurde, schwächte die Forderung nach einjähriger Bewährungszeit im zürcherischen Schuldienst durch den Zusatz «in der Regel» ab. Die schon vom Regierungsrat abgelehnte Begrenzung der Gesetzesänderung auf zehn Jahre wurde in der Kommission nicht mehr diskutiert und die letzte unserer Forderungen, sich über einen dem zürcherischen möglichst gleichwertigen Bildungsgang ausweisen zu müssen, ist in der Gesetzesvorlage auch nicht enthalten. Im Kantonsrat traten einige Ratsherren für die Forderungen der Lehrerschaft ein. Die Frage der Einführung von Umschulungskursen für Angehörige anderer Berufe wurde von der kantonsrätlichen Kommission einstimmig wie auch vom Rat mehrheitlich abgelehnt. Leider erfolgte eine unglückliche Verquickung mit der durch die weltpolitische Lage bedingten Motion über kommunistische Tätigkeit von Staatsangestellten. So wurde im Gesetzestext ein Passus eingebaut, wonach einem Lehrer durch den Erziehungsrat «wegen schwerer Verletzung der Treuepflicht durch staatsfeindliche Tätigkeit» das Wählbarkeitszeugnis entzogen werden kann. Materiell könnte gegen eine solche Bestimmung kaum Einspruch erhoben werden; es ist jedoch äusserst ungerecht, dass allein die Gruppe der Volksschullehrer von dieser Bestimmung betroffen wird, das übrige Staatspersonal jedoch nicht. Die Lehrerschaft fordert auch in diesen Belangen mit aller Dringlichkeit eine Gleichbehandlung sämtlicher staatlicher Funktionäre. In diesem Zusammenhang erhält das alte Begehren nach Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit wiederum besonderes Gewicht. Im Kantonsrat sind nun noch zwei Motionen zum Problem Lehrermangel eingereicht worden. Eine Motion Bühler befasst sich mit den Fragen der Dezentralisation und Vereinheitlichung der Lehrerbildung im Kanton und eine Motion Wagner fordert von der Regierung eine Vorlage über Umschulungskurse.

Der Kantonalvorstand beantragt der Delegiertenversammlung Zustimmung zur Gesetzesvorlage, ohne sich jedoch dafür noch dagegen einzusetzen, d. h. praktisch für Stimmfreigabe. Er glaubt, dies besonders deshalb tun zu dürfen, da das Reglement, welches die Details über die Erteilung der Wählbarkeit an ausserkantonale Lehrkräfte festlegt, gewisse Sicherungen im Sinne der Forderungen der Lehrerschaft enthält.

In der Diskussion erhalten Kollege Leisinger und Kollege Gasser Auskunft über Fragen betreffend Beschlüsse der Lokationskommission. O. Gasser erwähnt die Stellungnahme des Bündner Lehrervereins anlässlich seiner Versammlung in Arosa, wo die Lehrkräfte aufgefordert wurden, im Bergkanton auszuharren, und eine Verbesserung der materiellen Stellung in Aussicht gestellt wurde. H. Frei fragt, ob das erwähnte Reglement eingesehen werden könne. Auch sei die Stellungnahme unserer Delegierten noch ungewiss, da ja die Forderungen der Lehrerschaft durch die Vorlage nicht erfüllt würden. Die Diskussion wird nicht weiter benützt und im allgemeinen dem Antrag des Kantonalvorstandes an die Delegiertenversammlung zugestimmt.

4. Gesetz über die Ausrichtung von Kinderzulagen

Kantonalvorstandsmitglied E. Ernst orientiert in grossen Zügen über die Vorlage. Vor zwei Jahren nahm die Präsidentenkonferenz Stellung zu einem Entwurf der kantonalen Fürsorgedirektion. Die der Volksabstimmung unterliegende Vorlage ist ein Gegenentwurf des Regierungsrates zu verschiedenen Familienschutzbegehren. Die seinerzeit von unserer Seite aufgestellten Forderungen auf Ausrichtung der Zulage schon vom ersten Kinde an, die Erweiterung der Genussberechtigung in begründeten Fällen bis zum 20. Altersjahr und die paritätische Zusammensetzung der Aufsichtsorgane der Kassen werden durch die Vorlage erfüllt. Die minimale Kinderzulage beträgt jährlich Fr. 180.— ohne Massgabe des Einkommens des Familienoberhauptes. Die Ausgleichskassen werden nur durch Beiträge der Arbeitgeber gespeist. Für den Kanton wird sich eine jährliche Belastung von ca. Fr. 1 000 000.— ergeben, was rund 0,9% der ausbezahlten Lohnsumme entspricht. Sämtliche Personalverbände stimmen der Vorlage zu, ohne sich jedoch besonders dafür einzusetzen. Die Beratungen im Kantonsrat haben noch nicht begonnen.

5. Gesetz über die Neufestsetzung der Teuerungszulagen an die staatlichen Rentenbezüger.

Die weiter angestiegenen Lebenshaltungskosten und die Einführung der neuen Übergangsrenten der AHV veranlassten die Behörden zur Schaffung der Gesetzesvorlage. Die Vorlage, über deren materielle Belange anlässlich der Präsidentenkonferenz vom 16. November ausführlich orientiert wurde, ist im Kantonsrat in einer Sitzung durchberaten und mit eindeutiger Mehrheit genehmigt worden. Sie wird am 7. April 1957 den Bürgern zur Abstimmung unterbreitet. Die Personalverbände werden die notwendigen Schritte für die Durchführung der Abstimmungskampagne einleiten. Die Frage, ob die Rentenbezüger zu einer freiwilligen Beitragsleistung an die Propagandakosten aufgefordert werden sollen, findet wenig Sympathie und wird später entschieden werden.

6. Ungarnhilfe

Präsident J. Baur orientiert aus persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen über Einzelschicksale ungarischer Kollegen im Kanton Zürich. Von der kantonalen Eingliederungsstelle und Fremdenpolizei wurde um Meldung aller im Kanton wohnhaften ungarischen Kollegen ersucht. Eine vom SLV zugestellte Liste von Flüchtlingen wird den Sektionspräsidenten zugestellt werden. Nachdem die Erhebung abgeschlossen sein wird, soll vorerst versucht werden, durch zürcherische Kollegen mit den Flüchtlingen persönlichen Kontakt aufzunehmen. Hernach soll über eine weitere Hilfeleistung beraten und beschlossen werden.

7. Allfälliges

a) H. Frei kommt nochmals auf das Problem des Lehrermangels zu sprechen. Er wünscht, dass alles unternommen werde, den Nachwuchs aus den eigenen Reihen heranzubilden. Es soll vor allem auch über die Stipendienmöglichkeiten orientiert werden. Der Vorsitzende verweist hiezu auf den vom Kantonalvorstand in der Presse erlassenen Aufruf und die Umfrage der Erziehungsdirektion über das Interesse zur Bildung lokaler Bildungsmöglichkeiten im Zürcher Unterland und im Amt; ferner soll die Erziehungsdirektion gegenwärtig an einer Wegleitung über das Stipendienwesen arbeiten. Die Frage der Neu- oder Umorganisation der Lehrerbildung soll ebenfalls gründlich studiert werden (Motion Bühler).

b) Kollege Amberg macht darauf aufmerksam, dass vor allem in den Bezirken Andelfingen und Winterthur Land Schulpflegesitzungen ohne Teilnahme der Lehrerschaft nachgerade zur Regel zu werden drohen. Er wünscht, dass sich der Kantonalvorstand der Sache annehme und das Problem mit den Oberbehörden gründlich behandle, was ihm vom Vorsitzenden zugesichert wird.

Um 21.00 Uhr schliesst Präsident Jakob Baur die Sitzung mit dem besten Dank an alle Anwesenden für ihre treue Mitarbeit in unserer Berufsorganisation.

Der Protokollaktuar des ZKLK: *Walter Seyfert*

Aus den Sitzungen des Kantonalvorstandes

4. Sitzung, 31. Januar 1957, Zürich

Die Feststellung, dass in den vergangenen Jahren eine verhältnismässig grosse Zahl von neu in den Dienst der zürcherischen Volksschule tretenden Lehrkräften bei ihrer Aufnahme in die Beamtenversicherungskasse nur der Sparversicherung zugeteilt wurde, veranlasst den Kantonalvorstand zu einer Umfrage bei sämtlichen im Laufe des letzten Jahres in die BVK aufgenommenen Lehrkräften über ihre Aufnahme in die Kantonale Beamtenversicherungskasse. Die Umfrage dient der Abklärung der Aufnahmepraxis der BVK und soll dem Kantonalvorstand die für ein allfälliges Revisionsbegehren notwendigen Unterlagen verschaffen.

Der Kantonalvorstand nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, dass im vergangenen Jahre wieder 16 Gemeinden ihre freiwilligen Gemeindezulagen bei der Kantonalen Beamtenversicherungskasse versichern liessen. Noch immer aber erhalten in 70 meist kleinern Gemeinden die Lehrer auf ihre Gemeindezulage nach ihrem Rücktritt keine Rente.

Kenntnisnahme von einem neuen Rekursfall gegen die Zuweisung zur Sparversicherung.

Der Kantonalvorstand verabschiedet zuhanden der erziehungsrätlichen Dreizehnerkommission einen Vorschlag zur Gestaltung der Stundentafeln der zukünftigen Oberstufe, der es ermöglichen würde, die von verschiedenen Seiten hierüber vorgebrachten Begehren zu berücksichtigen.

Ein Rechtsstreit konnte durch Vermittlung des Kantonalvorstandes mit einem Vergleich beendet werden. Der ZKLK übernimmt einen Teil der aus dem Handel erwachsenden Kosten.

In zwei verschiedenen Streitfällen zwischen Kollegen und Schulbehörden wird der Kantonalvorstand um seine Vermittlung ersucht.

An Stelle des auf eine Wiederwahl verzichtenden Kollegen Jakob Haab, schlägt der Kantonalvorstand als Vertreter des ZKLK im Stiftungsrat der Volkshochschule des Kantons Zürich vor: Eugen Ernst, Sekundarlehrer, Wald. *E. E.*

5. Sitzung, 20. Februar 1957, Zürich

Präsident J. Baur wird den ZKLK an einer deutschschweizerischen Lehrertagung in Vorra (Bayern) vertreten.

An einer Konferenz der Vereinigten Personalverbände des Kantons Zürich wurde beschlossen:

1. Dem Gesetzesantrag betreffend Ausrichtung von Kinderzulagen zuzustimmen,

2. an die Finanzdirektion des Kantons eine Eingabe zu richten mit dem Begehren, die Statuten der kantonalen Beamtenversicherungskasse so abzuändern, dass Sparversicherte nach 15 Jahren Zugehörigkeit zur Kasse automatisch in die Vollversicherung aufgenommen würden,

3. an den Regierungsrat die Anfragen zu richten, ob nicht der Zuschuss an Invalidenrentner um Fr. 300.— erhöht und das Pensionierungsalter für weibliche Staatsangestellte auf das vollendete 63. Altersjahr herabgesetzt werden könnten.

Während der Verhandlungen im Kantonsrat wurde der regierungsrätliche Antrag zum Gesetz betreffend die Abänderung der Lehrerbildungsgesetze in dem Sinne erweitert, dass auch staatsfeindliche Tätigkeit als Grund für die Verweigerung oder den Entzug der Wahlfähigkeit aufgeführt wurde. Der Kantonalvorstand erhebt dagegen materiell keinen Einwand, bedauert es aber, dass das Gesetz mit einer aus einer momentanen Situation (Aufstand in Ungarn) stammenden Ausnahmestimmung, die nur für die Lehrerschaft gültig ist, belastet wurde.

Vom Vorstand der kantonalen Reallehrerkonferenz sind Abänderungsvorschläge zu dem von der Volksschulgesetzkommission unter Mitwirkung von Vertretern der Reallehrerkonferenz bereinigten Anträgen betreffend das Übertrittsverfahren eingereicht worden.

Orientierung über die zu Gunsten der betreuten Ungarn getroffenen Massnahmen.

Die Sektionsvorstände werden ersucht, sich aktiv für die Werbung neuer Mitglieder unter den vielen jungen Kollegen einzusetzen. *E. E.*

6. Sitzung, 28. Februar 1957, Zürich

Nach einer Überprüfung durch Präsident J. Baur und W. Seyfert nimmt der Kantonalvorstand die Jahresrechnung 1956 ab, die mit einem Vorschlag von Fr. 810.— abschliesst. Er dankt dem Quästor Hans Küng für die überaus gewissenhafte und sorgfältige Arbeit. Die Rechnung geht noch an die Rechnungsrevisoren und wird vor der Delegiertenversammlung im Pädagogischen Beobachter veröffentlicht.

Dem vom Quästor vorgelegten Voranschlag 1957, in welchem eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages auf Fr. 15.— vorgesehen ist, wird zugestimmt.

Es wird der Versuch unternommen, jeden im Kanton Zürich niedergelassenen ungarischen Flüchtlingskollegen durch einen unserer Kollegen betreuen zu lassen.

Präsident J. Baur wird die Delegierten anlässlich der a. o. Delegiertenversammlung über das Reglement betreffend Aufnahme ausserkantonalen Lehrkräfte an der zürcherischen Volksschule orientieren. *E. E.*